

Vor den gleichen Fragen wie 1914

Große Rede des englischen Außenministers

Abessinier unternehmen Vorstöße

Die Preissteigerung in Danzig

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Seewand 6. ...

27. Jahrgang

Dienstag, den 25. Februar 1936

Nr. 47

Große Rede des englischen Außenministers - Die weltpolitische Situation

Vor den gleichen Fragen wie 1914

Die gestrige Sitzung des englischen Unterhauses war gewiss von großer Bedeutung, denn sie brachte die erste große Rede des Außenministers Eden, in der er den ganzen Komplex der englischen Außenpolitik aufrollte.

Einen breiten Raum in der Rede des Außenministers nahm die Äußerung an den in italienischen Zeitungen veröffentlichten Geheimbericht ein.

Neben diesen „alten neuen Fragen“ beschäftigte sich Außenminister Eden ausführlich mit der politischen und militärischen Lage in Europa.

Vor überfüllten Bänken fand am Montag die mit großer Spannung erwartete Aussprache des Unterhauses über Aufrüstung und Deszperre statt.

Das Geheimdokument

Die Sitzung begann mit einer Erklärung des Außenministers Eden über das in der vorigen Woche vom „Giornale d'Italia“ veröffentlichte diplomatische Geheimdokument.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung im „Giornale d'Italia“ fragte der Abg. Davison den Außenminister, ob inzwischen festgestellt worden sei, worauf die Presseindiskretionen hauptsächlich der seitherigen Verhandlungen zwischen Hoare und Laval zurückzuführen seien.

Eden antwortete, daß die Indiskretionen in Paris erfolgt seien. Es werde alles getan, um eine Wiederholung in Zukunft zu verhindern.

Nach einigen weiteren Fragen über die zu erwartenden Gewinne der Rüstungsindustrie begann die eigentliche Aussprache.

Aufrüstung und Deszperre

Die Rede eingeleitet von dem Abgeordneten der Arbeiterpartei Lees-Smith, er wies darauf hin, daß es sich um die letzte Gelegenheit handle, die Deszperre zu erörtern, bevor der Völkerbund in Beschäftigung trete.

die Führung übernehme und eine Deszperre vorschläge, sobald der Delauschuß zusammentrete.

Der Redner wandte sich hierauf der Lage in Europa zu und stellte die Frage, welche Lage entstehe, wenn der deutsche militärische Apparat fertiggestellt sei.

Edens Rede

Außenminister Eden begann hierauf seine Rede mit einem höflichen Dank an seinen Vorgesetzten für den erteilten Rat. Lees-Smith werfe der britischen Regierung und dem Völkerbund vor, daß sie den Streit zu gähren behandelt hätten.

Bei ihrer Erscheinung werde sich die Regierung durch die Entscheidung des Völkerbundes selbst leiten lassen.

Die Kolonialfrage

Eden ging dann auf die in letzter Zeit unter der Bezeichnung „Erschließung von Rohstoffquellen“ aufgeworfene Kolonialfrage ein. Die Regierung sei durchaus bereit, jederzeit eine Prüfung dieser Frage vorzunehmen.

Völkerbund und kollektive Sicherheit

Der Außenminister wandte sich darauf der internationalen Lage zu. Der Kurs, den England in den nächsten zwei Jahren verfolgen werde, werde in der internationalen Lage von entscheidender Bedeutung sein.

1. Daß das System wahrhaft kollektiv ist und so wichtig, um jeden möglichen Angreifer zu unterwerfen;

2. daß Großbritannien entschlossen und stark genug sein müsse, um seine Rolle in ihm spielen zu können.

Solange es keine allgemeine Abrüstung gebe, könne es auch für Großbritannien keine einseitige Abrüstung geben, welchen Verlauf auch immer die Ereignisse in Zukunft nehmen würden.

Wenn man eine Abrüstung wolle, so sei das nur mit einer verstärkten Macht und Autorität des Völkerbundes zu erreichen. Und diese Macht und Autorität müsse in beträchtlichem Umfang von der bewaffneten Stärke Großbritanniens abhängen.

Er bedauere, daß vermehrte Ausgaben für Rüstungen unvermeidlich geworden seien. England müsse wieder aufrüsten, weil es am Vertrauen in den guten Willen der Nationen fehle, weil diese von Furcht befallen seien.

Die Furcht vor einem nicht herausgeforderten Angriff könne nur beseitigt werden und müsse beseitigt werden durch die allmähliche Stärkung der kollektiven Sicherheit, bis jede Nation überzeugt sei, daß ein Angriff nur unter keinen Umständen bezahlbar sei.

Es sei daher wesentlich, daß, wenn die Politik des Festhaltens am Völkerbund und der kollektiven Sicherheit erneut bekräftigt werde, klar unterschieden werde, zwischen dieser Politik und der Einreiseung. Die britische Regierung nehme ihren vollen Anteil an der kollektiven Sicherheit.

„Wenn wir Erfolg haben sollen“, so schloß Eden, „müssen wir andere dazu bewegen, mitzugehen. Wir werden nicht in der Lage sein, das zu tun, wenn andere Nationen nicht von unserer Aufrichtigkeit und unserer Stärke überzeugt sind, und wenn wir nicht ihr Vertrauen gewinnen können.“

Zurückhaltende Kritik

Die Aussprache, die nach der Rede Edens einsetzte, war nicht lange. Der Fraktionsführer der liberalen Opposition, Archibald Sinclair, kritisierte die Außenpolitik als nicht weitgehend genug, während der rechtskonservative Abgeordnete Amery den Außenminister fragte, ob es nötig geworden sei, so starke Maßnahmen gegen Italien zu treffen.

Der neue Unterstaatssekretär

Für die Regierung schloß der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lord Cranborne, die Aussprache ab. Unter dem Gelächter und dem Beifall des Unterhauses erklärte er, daß England den italienischen Presse für die Veröffentlichung des Geheimdokuments seinen tiefempfundenen Dank aussprechen müsse.

Nach Beendigung der außenpolitischen Aussprache beschäftigte sich das Unterhaus mit dem militärischen Aufschubhaushalt zur Kostenbedeckung der durch den italienisch-abessinischen Konflikt verursachten Sondermaßnahmen.

Eben geht jetzt nach Genf

Es steht nunmehr fest, daß Augenminister Eben an dem am kommenden Montag in Genf stattfindenden Sitzung des Ausschusses über die Deshpere teilnehmen wird. Eben wird London voraussichtlich am Sonntag verlassen.

Abschließliche Vorstöße

Die Verbindungsstraße Abu-Matala unterbrochen

Nach abschließlichen Meldungen von der Nordfront haben einige Abteilungen der Armee des Ras Kassa nördlich von Asnam ein besiegtes italienisches Lager und ein Munitionslager in einem überraschenden Nachtsangriff überfallen. Nach blutigem Gefecht erbeuteten die Abschnitte einer größeren Anzahl Kanonen. Die Italiener sollen 812 Mann von den Feindtruppen und eine Anzahl Erzhörner-Artillerie verloren haben.

Die Straße von Abu nach Matala ist an mehreren Stellen unterbrochen und erneut von abschließlichen Truppen besetzt worden. Die Abschnitte haben den Verkehr für die italienischen Truppen auf dieser Straße unmöglich gemacht. Die italienischen Truppenbewegungen von Erzhörner zur Front werden über die Straße von Abigrad bis kurz vor Matala geleitet. Zwischen Matala und Anialo sind starke Vorkampfsgefechte im Gange.

Nach weiteren Berichten haben am Sonnabend Truppen des Ras Inru nördlich von Asnam in Richtung auf Abu starke italienische Kräfte angegriffen. Das Gefecht habe nur einige Stunden gedauert und sei gegen Abend abgebrochen worden. Die Verluste der Italiener sollen sehr groß sein. Die abschließlichen Verluste werden mit etwa 40 Toten angegeben. Die Bewegungen der Armee des Ras Inru, unterstützt von Streitkräften der Ras-Kassa-Armee, zielten offenbar darauf ab, den von den Italienern vorgetriebenen Keil rund um Matala zu umfassen.

Der italienische Seeresbericht

Der italienische Seeresbericht Nr. 134 hat folgenden Wortlaut:

Von der Erzhörnerfront ist nichts besonderes zu berichten. Die Verschiebungsbatterien sorgen in angestrengter Arbeit für die Verproviantierung der Truppen. In der Somalifront werden im Abschnitt Ogaden Erkundungen durchgeführt. Am Ostflügel entwickelt die Flugwaffe eine unjanzarische Tätigkeit.

4000 Facharbeiter für Ostafrika

Aus einer Reihe oberitalienischer Städte sind, Zeitungs-meldungen zufolge, über 4000 Facharbeiter nach Genoa und Neapel unterwegs, um im Laufe dieser Woche nach Ostafrika auszureisen. In beiden Häfen werden zur Zeit auch Artillerie- und Maschinengewehrverbände sowie Lastkraftwagenfahrer zur Abfertigung nach den ostafrikanischen Kriegsschauplätzen zusammengezogen.

Große Entschleunigung Italiens

„Daily Mail“ meldet in großer Aufmachung aus Rom, daß Italien ein neues gewaltiges Aufrüstungsprogramm für seine Luftflotte eingeleitet habe. Vor der Inbetriebnahme des Programmes habe Italien rund 3500 Maschinen bestellt. Die Erzeugung sei bereit gesteuert worden, daß zur Zeit täglich zwölf neue Flugzeuge fertiggestellt werden. Ende dieses Jahres werde Italien 5000 neue Maschinen besitzen, von denen ein großer Teil aus den neuen außerordentlich schnellen Bombern bestehen werde. Schätzungsweise würden in diesem Jahre allein 1500 neue Bomber gebaut.

Ein-Gleichgewicht und Währung

Die „Gazeta Polska“ zur Rede des Obersten Sac

Die regierungsoffizielle „Gazeta Polska“ leitet in einem Editorial nochmals die Aufmerksamkeit auf die Rede des neuen Präsidenten der Bank Polska, Adam Loe, die wir bereits vor einigen Tagen wiedergegeben haben. Nachdem das Blatt die Hauptpunkte dieser Rede hervorgehoben hat, gibt es seiner Uebersetzung Ausdruck, daß, so lange Ober Loe die Stellung der Bank Polska innehat, Verträge, die durch das Mittel von Manipulationen mit dem Geldwerte zu bekämpfen, nicht gemacht werden dürfen. Solche Verträge werden völlig ungerechtfertigt als „neue Wege“ bezeichnet, obwohl das Schweben der Unterleuten durch Manipulationen ein bereits den ägyptischen Pharaonen bekanntes Mittel gewesen sei. Diese Methode werde nach der Berechnung des Notenbankdirektors auch bestimmt nicht als Mittel zur Deckung der Zahlungsmittel des Staatsschatzes zur Anwendung gelangen. Diese Garantie sei noch wichtiger als die erlangte, denn finanzielle Schwierigkeiten entstehen in 90 Prozent aller Fälle dadurch, daß man das Ein-Gleichgewicht verstoße und zur Notenbankdrücke Zuflucht nehme. Nach den ersten Regierungsmassnahmen zur Freilegung und Herbeiführung des Gleichgewichts im Staatsschatz sei zwar ein gewisses Schwanken über die weitere Richtung der weiten zu erwartenden Maßnahmen eingetreten. Die Verletzung des Obersten Loe zum Präsidenten der Bank Polska zeige aber, daß dieses Schwanken nun beendet und die Regierung auf den Weg zurückgekehrt sei, den sie von Anfang an richtig betreten habe. Das sei die einzige legitime Folgerung, die das Ausland und das polnische Volk aus der Rede der Zeitung der Bank Polska ziehen könne.

Diese Betrachtungen der „Gazeta Polska“ verdienen umso mehr Beachtung, als sie teilweise auch zu manchen anderen Verhältnissen ansetzen.

Währungs- und Wechselkursfragen. Im Hinblick auf die drei unerschütterlichen Kräfte, Ruval, Goldwert und Währung, die Welt zu den Krisenlagen führt. Die Weltwirtschaft war trotz der bei früheren Krisen und Krieg etwa 70 bis 75 u. S. der Weltwirtschaft. Das Weltprodukt kann erst im Laufe des Jahres überleben werden.

Polenminister in Paris. In Paris sind die Welt eines Staats für das Departement Seine an der Spitze des Parlamentes. Im ersten Wahlgang erhielt der Kandidat der Volkspartei, der französische Abgeordnete Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im zweiten Wahlgang erhielt Clemens 47 Stimmen, während die christliche Rechte 47 Stimmen erhielt. Im dritten Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im vierten Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im fünften Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt.

Polenminister in Paris. In Paris sind die Welt eines Staats für das Departement Seine an der Spitze des Parlamentes. Im ersten Wahlgang erhielt der Kandidat der Volkspartei, der französische Abgeordnete Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im zweiten Wahlgang erhielt Clemens 47 Stimmen, während die christliche Rechte 47 Stimmen erhielt. Im dritten Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im vierten Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im fünften Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt.

Polenminister in Paris. In Paris sind die Welt eines Staats für das Departement Seine an der Spitze des Parlamentes. Im ersten Wahlgang erhielt der Kandidat der Volkspartei, der französische Abgeordnete Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im zweiten Wahlgang erhielt Clemens 47 Stimmen, während die christliche Rechte 47 Stimmen erhielt. Im dritten Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im vierten Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt. Im fünften Wahlgang erhielt Clemens 48 Stimmen, während die christliche Rechte 37 Stimmen erhielt.

Handele mit einer zweimotorigen Maschine, die mit zwei 20-Millimeter-Kanonen sowie mit Maschinengewehren ausgerüstet ist.

Die Groß-Ausperrung in Dänemark

135 000 Arbeiter davon betroffen

Die Dänische Arbeitgebervereinigung hat am Sonnabend, dem 22. Februar, die Ausperrung von 135 000 Arbeitern verfügt. Damit ist der größte Arbeitskonflikt eingeleitet worden, den Dänemark je gesehen hat. Die Ursache für diese ungewöhnliche Maßnahme, die das gesamte Wirtschaftsleben Dänemarks in Mitleidenhaft zieht, bilden die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen auf Lohnsteigerungen für die am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorien. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderungen kategorisch ab und beantworteten sie sofort mit der Ausperrungsdrohung. Die dänischen Arbeitseigenen leben in diesem Falle ein Eingreifen der staatlichen Schlichtungsinstanzen vor; doch hatten die Bemühungen und die Vorschläge des Schlichtungs- und Vermittlungsfollegium keinen Erfolg. Ein Zwangsbeschlichtungsverfahren kennt Dänemark nicht. Die staatliche Schlichtungsinstanz in den Arbeitsverträgen, die die Oberhand behält, erzwingt infolgedessen die Ausperrung, von der betroffen werden: Bauarbeiter, Arbeiter, die Holzindustrie, Textilarbeiter, Metallarbeiter, Bekleidungs-, Papierindustrie- und Glasarbeiter. Ausgenommen in diesen Industrien sind nur diejenigen Arbeiter, die Reparaturen ausführen und die in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beschäftigt sind.

Staatsminister Stanzing erklärte — einem Interview in „Sozialdemokraten“ zufolge —, daß die dänische Regierung mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung dieses Arbeitskampfes verfolgen werde und durch entsprechende Maßnahmen, sollte der Konflikt wichtige Gemeinwohlinteressen betreffen, eingreifen werde. — Die Gewerkschaften erklärten in einem Aufruf, daß sie nach wie vor ihre Forderungen für gerechtfertigt halten und das Vorgehen der Unternehmerverbände nicht nur als einen Überfall auf die dänischen Gewerkschaften, sondern auch als ein Attentat auf das gesamte dänische Erwerbsleben betrachten. Demzufolge werden sie alle Abwehrmaßnahmen treffen, um auch aus diesem Kampf nicht etwa geschwächt, sondern geschloffen und geehrt hervorzugehen.

So haben sie als Gegenmaßnahme bereits beschlossen, am Mittwoch mit Arbeitslosigen einen Sympathieakt der Transport- und Hafenarbeiter gegenüber den an der Ausperrung beteiligten Unternehmern in Kraft zu setzen.

Gemeindewahlen in Spanien

Am 2. Jahrestage des Sturzes der Monarchie

Der Ministerrat beschloß in der Montag-Sitzung, daß sämtliche spanische Kolonien und Schutzgebiete hinsichtlich der von den Völkern und Mitgliedern gegen Italien angewandeten Sühnemaßnahmen unter die gleichen Bestimmungen fallen sollen wie das Mutterland. Als Vertreter Spaniens für die bevorstehende Sitzung des Ausschusses über die in Genf in Abwesenheit von Abarrigas, der sich zur Zeit in Amerika aufhält, Lopez Ojeda ernannt worden.

Der Ministerrat beschloß ferner, zur Wiederherstellung einer geordneten Gemeindevverwaltung am 12. April in ganz Spanien Gemeindewahlen durchzuführen. Der 12. April ist der Jahrestag der geschichtlich bedeutenden Gemeindevahlen vom Jahre 1931, deren Ergebnis bekanntlich der Sturz der Monarchie und die Ausrufung der Republik zur Folge hatte.

Ministerpräsident Azana hat dem Präsidenten der spanischen katalanischen Regierung, Companys, das Amt des Generalgouverneurs von Katalonien angeboten.

Die neue syrische Regierung

Nur ein Übergangskabinett

Nach Annahme des Rücktritts der syrischen Regierung wurde eine neue gemäßigtere bürgerliche unpolitische Regierung unter Präsidentschaft des bisherigen Justizministers Loubi gebildet. Die Strafverfahren und Bestrafungen wegen Betrug und Generalstreik wurden unterbrochen. Man glaubt, daß die neue gebildete Regierung nur ein Übergangskabinett darstellt.

Stellenbesetzung und Sanctionsfrage

Wie die Blätter melden, ist die Unterredung zwischen dem Führer der italienischen Flotte, Admiral Visca, und dem englischen Marinekommandeur, Lord Mountbatten, am Montag wenig erfolgreich verlaufen. Es scheint, daß der Frekwilmspruch zufolge zu befehligen, daß Italien den Unternehmern der geplanten Nationalabformung Schwierigkeiten in den Weg setze. Man vermutet, daß Admiral Visca während seines Aufenthalts in Rom angewiesen worden sei, die Unterredung über die Stellenbesetzung des Vertrages mit der Frage der Sanctions in Verbindung zu bringen.

Englands Zahlungsbilanz. Trotz der englischen Handelsbilanz für das Jahr 1935 ein Defizit anzeigt, läßt die Zahlungsbilanz mit einem Aktium von 27 Mill. Pfund, was man sich leisten kann, daß Großbritannien die nach dem Einfluß des Finanzministeriums teilweise verlorene Stellung eines Stützpunktes wieder erlangen hat.

Neuer deutscher Gesandter in Rom. Der Reichsminister hat den vorerwähnten Gesandten Dr. Frowein zum Gesandten in Rom ernannt.

Österreichischer Militär und Österreichischer Gesandter. Eine Veranlassung an der Kollaboration an der Wiener Polizeidirektion ist mit, daß der ehemalige Landtagsabgeordnete und ehemalige Österreicher Franz Müller aus Österreich angeklagt worden ist. Müller wurde die Verhaftung zu den Polizeibehörden vom Juli 1934 angedeutet.

Einiger Gesandter in der englischen Flotte. Die die englische Flotte betreffende Mitteilung, daß ein neuer Gesandter auf dem zur Zeit in Ostham besetzten englischen Kreuzer „Cerberus“ ankommt. Die Unterredungen mit der britischen Flotte sind eingeleitet worden. Nach Mitteilung von der Flottenkommandeur des „Cerberus“ ist es möglich, daß der neue Gesandte in der Flotte die Leitung auf ein englisches Kriegsschiff übergeben werden könnte.

Der neue König in Dänemark. König Charles VIII. wird am Sonntag, dem 1. März, nachmittags 5 Uhr 1935 eine Audienz an das polnische Reich halten. Es wird über alle englischen Sender übertragen werden. Die Audienz wird die erste königliche Audienz Charles sein, die nach der Thronbesteigung war; wahrscheinlich wird sie nicht länger als 10 Minuten dauern.

Nach langwieriger Verhandlung für Obley. Auf Initiative von polnischen Abgeordneten und Wirtschaftlern ist in Paris ein Komitee gebildet worden, welches die Verhandlung des belarussischen belarussischen Schlichters und Polnischen Reich von Obley zum Länger des Friedens-Abkommens anregt. Bekanntlich ist diese Verhandlung bereits von beiden Kammern des polnischen Reiches und auch in der Dänischen Kammer und dem Reichstag genehmigt worden.

„Nationalbewußtsein kein Agitationsfeld“

Erklärungen des polnischen Innenministers

Im polnischen Sejm sprach bei Behandlung des Haushalts des Innenministeriums Minister Raczkiewicz über die innenpolitischen Verhältnisse. Er sprach davon, daß zwei Erscheinungen die Ruhe und Sicherheit bedrohen: der Kommunismus und der Nationalismus, wie ihn die oppositionelle nationale Partei auffasse. Jedes Volk müsse seine eigenen Wege zur Ueberwindung der allgemeinen Krise suchen; für Polen seien diese Wege durch die Verfassung vom April 1935 gegeben. Besonders wandte sich der Minister dann gegen die in Polen vorhandenen kommunistischen Gruppen, die er als ungesetzlich bezeichnete. Diese Gruppen, die sich den Weisungen der Dritten Internationale fügten, versuchten das polnische Volk auf den Weg der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats zu drängen. Die kommunistische Partei werde auch weiterhin von der Regierung mit aller Kraft bekämpft werden.

Mit noch größerer Schärfe wandte sich der Innenminister gegen die schädliche Tätigkeit der Nationalen Partei, der Nachfolgerin der alten National-Demokratie. Es sei Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß das Nationalbewußtsein im freien polnischen Staat zur Förderung der Staatsmacht und der Kultur des Volkes diene, nicht aber ein Agitationsfeld für Parteikämpfe werde. Die Dinge seien heute so weit, daß die „Nationale Partei“ sich am Bestenpunkte befinde, von einer idealen Organisation zu einer zerstückelten Gruppe zu werden, die im Kampf um die Macht im Staat wahllos in ihren Mitteln sei. Der Innenminister schloß mit der Erklärung, daß jeder, der im Namen angeblicher Interessen der Nation dem Staat zu schaden suche, der unbedingten Anwendung des staatlichen Rechtes und der staatlichen Macht begegnen werde.

Die Frage der Korridor-Transit-Straßen

Ein angeblicher Vorschlag Minister Göring

Wie die Londoner „Daily Mail“ zu melden weiß, soll Ministerpräsident Göring während seines Aufenthaltes in Polen die Frage der Begleichung der polnischen Entschädigungen für den Korridor-Transitverkehr besprochen haben. Das Londoner Blatt behauptet, Ministerpräsident Göring habe dem Vorschlag gemacht, die polnischen Forderungen für den Transitverkehr durch Lieferung von Kriegsmaterial, wie z. B. Flugzeugen, zu begleichen. Von polnischer Seite soll nach Angaben der Presse-Agentur erklärt worden sein, Polen besitze eigene Flugzeugfabriken und sei auf ausländische Lieferungen nicht angewiesen. Polen benötige dagegen bares Geld zur Finanzierung seiner Aufträge an die polnische Industrie.

Göring erhielt das Jagdabzeichen. Wie polnische Zeitungen melden, hat General Göring als Vorkämpfer der polnischen Jagdgesellschaft dem preussischen Ministerpräsidenten Göring, anlässlich der Jagd in Wialowicz, das Jagdabzeichen überreicht. Bei der Jagd vom 20. bis 22. d. M. wurden von 14 Jägern 37 Wildschweine, 2 Hasen, 1 Wolf und 3 Füchse erlegt. Ministerpräsident Göring hat auch in diesem Jahre seinen Luhrs erlegen können, er hat nur zwei Wildschweine geschossen.

Zwischen London und Rom

Eine Episode — Aus dem literarischen Konflikt

Da Mussolini die Sanctionen gegen englische Druckereien usw. inzwischen wieder aufgehoben hat, ist der Fall schon hipponisch. Die Zeitschrift der britischen Architekten-Gesellschaft, die seit Jahren an die amerikanische Akademie in Rom geliefert wird, wurde im Januar nicht mehr von der italienischen Post befördert. Sie wurde als „unerschickbar“ mit dem Stempel „Al Ritardato“ versehen, dem Arbeiter zurückgeschickt. Die Zeitschrift einer anderen englischen Druckerei soll angeblich vertrieben behandelt worden sein, vielleicht weil es sich diesmal um einen italienischen Adressanten handelte. Im Sekretariat der britischen Gesellschaft traf die Zeitschrift mit einem Brief ein, der ihr nahelegte, die Nummer an die abschließliche Gesellschaft gleicher Art in dem „hochentwickelten Adressanten“ senden zu wollen.

Das Sekretariat adressierte die Zeitschrift daraufhin wiederum an die italienische Stelle in Rom, dankte für den ausgesprochenen Rat und sprach zugleich, da Name und Anschrift der abschließlichen Gesellschaft in London nicht bekannt seien, die holländische Adresse aus, die Zeitschrift gütig weiterzusenden zu wollen, wenn die italienischen Truppen Adressanten erreichten. Wie sich die Italiener nun verhalten werden, ist noch nicht heraus. Vermutlich erfüllen sie in ihrer bekannten Höflichkeit gern die Bitte. Jedenfalls geben sie sich keine Mühe, und bekanntlich ist frei nach Rom nichts in der Welt ungeschickter zu loben, denn allein der gute Wille.

Nachdem die Straßensituation in Königsbrunn. Am Sonntag veranstalteten in Königsbrunn etwa 300 Anhänger der in Ostberlin befindlichen rechtsoppositionellen Nationaldemokratischen Partei eine Straßensituation. Unter dem Ruf „Es lebe die Nationaldemokratische Partei“ zogen kleinere Truppen durch die Straßen. Die Schaufenster mehrerer jüdischer Geschäfte wurden eingeworfen. Ein Trupp versuchte schließlich, in den Saal des Hotels „Graf Reden“ einzudringen, wo eine deutsche Jugendorganisation eine Morgenfeier veranstaltete. Inzwischen war jedoch ein verstärktes Polizeiangebot erschienen, das dieses Vorhaben verhindert. Die Polizei nahm etwa 40 Personen fest.

Belgische Sozialisten gegen belarussischen sozialistischen Partei. Der außerordentliche Kongress der belarussischen sozialistischen Partei nahm eine ablehnende Stellung zum Geleitwurf über die Verhängung der Denzart ein. Die sozialistischen Abgeordneten sind angewiesen worden, gegen diesen Geleitwurf zu stimmen.

Berger-Baldensack wieder auf der Rückreise. Der österreichische Außenminister Berger-Baldensack ist am Montagmorgen von Florenz nach Wien zurückgekehrt.

Der polnische Verteidigungsminister. Die zweite Kammer des polnischen Reichstages hat in ihrer Dienstagmorgens-Sitzung den Geleitwurf über den Verteidigungsminister mit 69 gegen 29 Stimmen angenommen.

Schwärmer mit einem Teufel gestickt. In dem Dorf Rabenweg im Kreise Schwabelland ereignete sich im Hause des Arbeiters Herrmann ein schmerzlicher Unfall. Bei dem ein kleines Kind stieß wurde. Der 13-jährige Sohn Ditt spielte mit einem Teufel, das er für ungeladen hielt. Im Scherz richtete er die Waffe gegen das Gesicht seiner 13-jährigen Schwester Erna und drückte ab. Der Schuß traf das Kind mitten ins Gesicht. Es war sofort tot.

Es geht den Ganslern an den Kragen. Im Zuge einer Aktion der amerikanischen Bundesregierung zur Säuberung des Bundesgebietes von der Ganszucht wird jetzt unter Leitung des Polizeikommissars Valentin, der sich bereits mehrfach im Kampf gegen das Verbreiternutzen der Wildganszucht hervorgetan hat, eine energische Verbreiternutzen im Staatsgebiet von Kennort durchgeführt werden. 40 der gefährlichsten und schädlichsten Teufel sollen ihm festgenommen werden.

Wie die Preise gestiegen sind

Was ein Schaubild offenbart

Seit der denkwürdigen Golddevaluierung befinden sich bekanntlich die meisten Danziger in folgender Lage: Das Einkommen blieb das gleiche — die Preise stiegen. Ein Zustand also, der wenig erfreulich ist.

Diese Verschlechterung der Lebensbedingungen der Danziger Bevölkerung weist auch die amtliche Indexziffer der Lebenshaltungskosten aus. Diese Indexziffer liegt, mit geringen Unterbrechungen, von Monat zu Monat. Sie erreichte einen Stand, den die „Gulden bleibt Gulden“-Propheten im Mai 1935 nicht vorausgesagt haben. Nach der letzten veröffentlichten amtlichen Indexziffer der Lebenshaltungskosten sind die Lebenshaltungskosten der Danziger vom April 1935 bis zum Januar 1936 um nicht weniger als 23,7 Punkte gestiegen. Bei gleichgebliebenen Löhnen und Gehältern ist das keine Kleinigkeit. Dabei muß aber immer darauf hingewiesen werden, daß

die amtliche Indexziffer der Lebenshaltungskosten sich nur auf die wenigen Dinge des Lebens bezieht, die der arbeitende Danziger Mensch unbedingt haben muß, wenn er menschenwürdig existieren will

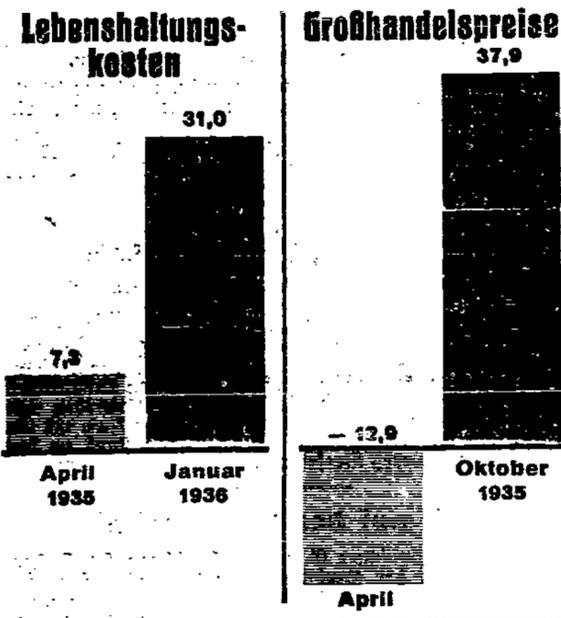
Es gibt aber Dinge, die der Danziger arbeitende Mensch darüber hinaus auch einmal braucht, die aber von der Indexziffer nicht erfasst werden. Und diese Dinge haben nach der Golddevaluierung die unangenehme Eigenschaft gezeigt, besonders im Preise zu steigen.

Wie die Entwicklung der Preise nach der Abwertung des Guldens vor sich gegangen ist, also wie wenig die Preise vor der Abwertung über dem Stand von 1913/14 lagen bzw. wie tief sie darunter lagen und wie das nun nach der Abwertung wurde, das zeigt dies eindrucksvolle Schaubild:

Betrübliche Folgen der Abwertung

Die Preise

lagen über dem Stand von 1913/14 nach den Indexziffern der



Dieses Schaubild zeigt jedem Danziger, und zwar auch demjenigen, der die Bedeutung der Indexziffer nicht kennt, sehr anschaulich, wie grundlegend sich die Preisverhältnisse nach der Golddevaluierung geändert haben. An sich bedarf deshalb dieses Schaubild kaum einer Erläuterung. Aber mit ein wenig Erläuterung merkt man erst, was dieses Schaubild alles zeigt: nämlich, eine Revolution ganz besonderer Art in den Danziger Preisverhältnissen.

Man sieht auf der linken Seite des Schaubildes, in welcher Weise die Lebenshaltungskosten vor der Abwertung über dem Vorkriegsstand lagen und wie das dann bis zum Januar 1936 geworden ist. Besser, als das Schaubild es tut, kann man das bestimmt nicht darstellen. So, auch diejenigen, die aus bestimmten Gründen solche Schaubilder so fürchtbar ungerne in der „Volksstimme“ sehen, werden augenblicklich durch dieses Schaubild in wirklich eindrucksvoller Weise.

Die rechte Seite des Schaubildes zeigt die Entwicklung der Großhandelspreise. Und

da werden viele Danziger mit Erstaunen sehen,

wie die Entwicklung dieser Preise vor sich gegangen ist. Vor der Abwertung lagen die Großhandelspreise durchschnittlich 12,9 Punkte unter dem Vorkriegsstand. Nach der Abwertung liegen die Großhandelspreise um 58,3 Prozent. Es ist allererstes Beachtung wert, wie die Indexziffer der Großhandelspreise sich gegenüber der Indexziffer der Lebenshaltungskosten entwickelt hat. Bis zur Abwertung lag die Indexziffer der Großhandelspreise um 20,2 Punkte tiefer als die der Lebenshaltungskosten. Aber dann — siehe Schaubild! — wurde das merklich anders. Bereits die Indexziffer der Großhandelspreise vom Oktober — neuere Ziffern sind noch nicht bekanntgegeben — lag erheblich höher als die Indexziffer der Lebenshaltungskosten. Und das wird man dann doch wohl eine Revolution in den Preisverhältnissen nennen dürfen. Die Indexziffer der Großhandelspreise hat sich inzwischen selbstständig gemacht, indem sie übersteigt die „Gulden bleibt Gulden“-Parole „kühl aber bestimmt“ abgelehnt hat. So, sie hies auch noch nach dem Oktober des verflohenen Jahres aktion hat, und ob sie es auch weiterhin solange noch tun wird, bis die weitestmögliche Angleichung an den veränderten Goldwert des Guldens erreicht ist, weiß man nicht.

Präsident Geisler geht auf Urlaub

Der „Vorposten“ meldet: Wie wir erfahren, wird der Präsident des Senats am Dienstag einen dreiwöchentlichen Urlaub antreten.

Auch da bräutet es. Die Ortsgruppe Zoppot des nationalsozialistischen eingetragenen Hausbesitzervereins ebenfalls vor der Auslösung. Wie man hört, hat bereits

die Mehrzahl der Mitglieder dem Zoppoter Führer, Oberpostinspektor Duwe, ihre Austrittserklärungen zur Kenntnis gebracht.

Einmalige Beihilfe für Wohlfahrtsunterstützte

Die Bemühungen der Sozialdemokratie — Ein Entschluß des Senats

Die Sozialdemokratische Partei hat bekanntlich seit langer Zeit auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Besitze der Erwerbslosen, der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Rentner zum mindesten den Preissteigerungen, die seit der Golddevaluierung Platz gegriffen haben, anzugleichen. Die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages hat dementsprechende Anträge im Volkstag eingereicht. Bis jetzt hatten sich die Nationalsozialisten jedoch stets der Behandlung der Anträge zu enthalten genützt. Die Anträge gelangten bekanntlich zunächst vor einen Parlamentarier, dessen nationalsozialistische Mehrheit sie erst gar nicht in das Plenum des Volkstages gelangen ließ. Schließlich hat die sozialdemokratische Fraktion der Stadtbürgerheit die Auszahlung von Winterbeihilfen für die Erwerbslosen gefordert. Dieser Antrag wurde im Plenum nicht behandelt, weil er als eine Angelegenheit des Staates betrachtet wurde. Die sozialdemokratische Fraktion änderte ihn ab und brachte ihn zugunsten der Wohlfahrtsunterstützten erneut ein.

Nunmehr hat der Senat sich entschieden. Sonderunterstützungen an Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu zahlen. Von Montag, den 24. Februar 1936 an werden, wie bekanntgemacht wird, den Familien mit ein und zwei Kindern unter 16 Jahren, soweit sie Wohlfahrtsunterstützung beziehen, Sonderunterstützungen ohne Antrag nach den unten näher bezeichneten Sätzen gewährt. Die Zahlung wird höchstens in 14 Tagen durchgeführt, und zwar zusammen mit der laufenden Unterstützung.

Die Unterstützungssätze betragen: Für Eheleute mit einem Kind 8 Gulden, mit zwei Kindern 10 Gulden, für Witwen (Widwer) und ledige Mütter mit einem Kind 6 Gulden, mit zwei Kindern 8 Gulden. Für kinderreiche Familien (drei und mehr Kinder) kommt für den Monat Februar die Auszahlung einer Sonderunterstützung nicht in Frage. Für diese Familien wird erst wieder für den Monat März eine Sonderunterstützung gewährt, und zwar wird mit der Auszahlung am Montag, dem 2. März, begonnen. Die Höhe dieser Unterstützung ist die gleiche wie in den Monaten Dezember und Januar.

Durch diesen Entschluß des Senats wird selbstverständlich die Frage des Unterstützungsausgleichs nicht erledigt. Die Sozialdemokratische Partei wird weiter bemüht sein, das Los der Erwerbslosen und Holtleidenden in allererster Linie zu bessern.

Zwischenfall auf Vorgarten

Was die Jungen alles gehört haben wollen

Der 35jährige Sattlerinvalide Otto D. wird aus dem Polizeigefängnis dem Schnellrichter zu einer Verhandlung vorgeführt. Die Anklage legt ihm eine öffentliche Beleidigung zur Last, doch wird er schon bei der Anklageerhebung darauf hingewiesen, daß die Beweisaufnahme evtl. ein Vergehen gegen den § 130 Abs. 2 der Reichsverordnung vom 30. Juni 1933 ergeben könne. Am Sonntag ging der Angeklagte stark bezechet auf Vorgarten ein. Er soll dabei auf die Nationalsozialisten geschimpft haben. Der vorbeigehende 31-jährige Herbert Krüger, Vorgarten 48/50 wohnhaft, will sich hierdurch beleidigt gefühlt haben. Er ließ den Invaliden verhaften und stellte außerdem Strafantrag.

In der gefrigen Schnellrichterverhandlung konnte er nicht angeben, ob sich diese Worte auf ihn bezogen, viel eher ist auf Grund der Beweisaufnahme anzunehmen, daß zwei Passanten beschimpft worden sind, die sich aber um diesen Zwischenfall gar nicht kümmerten. Ähnlich waren die Aussagen der 27jährigen Anlegerin Marta Arndt, Kneipab 9. Aber auch sie fühlte sich durch Äußerungen, die sie ja eigentlich gar nicht angingen, getroffen. In der Verhandlung war noch eine dritte Zeugin aufgetreten, die 45 Jahre alte Ehefrau Marta Behrendt aus Herbus, Wassertrasse Nr. 2 wohnhaft. Diese will noch mehr gehört und beobachtet haben. So erklärt sie, daß der Angeklagte bei der Schimpferei mit dem Finger auf zwei Schutzpolizisten gewiesen habe.

So hand die Anklage der öffentlichen Beleidigung auf sehr schwachen Füßen. Ein Vergehen gegen die zitierte Reichsverordnung kam aber erst recht nicht in Frage. Nun wurde der Angeklagte darauf hingewiesen, daß er auch wegen öffentlicher Trunkenheit bestraft werden könne. Staatsanwaltschaftsrat Wischhoff beantragte eine Geldstrafe von 20 Gulden oder 5 Tage Haft. Er war der Ansicht, daß dem Angeklagten doch ein Denkzettel verabreicht werden müßte. Das Urteil des Schnellrichters, Amts- und Landgerichtsrat Prohl, lautete auf 10 Gulden Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle 5 Tage Haft treten sollen. Das Urteil wurde rechtskräftig und der Angeklagte aus der Haft entlassen.

Vor Durchführung der Senats Beschlüsse

Eine erneute Aufforderung

Der „Vorposten“ und die polnische Presse verbreiteten gestern eine Meldung, aus der zu entnehmen war, daß die Vorbereitungen für die Durchführung der in Senat übernommenen Verpflichtungen der Danziger Regierung abgeschlossen seien. Es sei mit einer Veröffentlichung der dementsprechenden Senatsverordnungen für einen der nächsten Tage zu rechnen. Es handele sich dabei um die Pressebeschwerdekammer, die Aufhebung des Ehrenbundes usw.

Zoppot wird doch wieder angefallen

Der Seebund Ostpreußen hat für den Monat März nun doch wieder Zoppot in seinen Fahrplan einbezogen. R.-E. „Preußen“ verkehrt im März zweimal wöchentlich: ab Swinemünde Sonnabend und Mittwoch, Anfuhr Zoppot und Pillau Sonntag und Donnerstag, Abfuhr Pillau und Zoppot Montag und Donnerstag.

Vorbereitungsfeier abgesetzt. Die 2. und 3. Infanteriebrigade der SA-Brigade 6, die für die Vorbereitung der Feier abgesetzt worden, sind am 24. Februar abgefahren worden. Zur Begründung wird angeführt, daß mit Rücksicht auf den schweren Frost und das einsetzende heftige Schneetreiben von der Feier abgesehen sei.

Deutschnat. Versammlung im „Friedrichshain“

Abermals geschlossen

Nachdem, wie bereits berichtet, am letzten Freitag eine Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Schidlitz, im „Friedrichshain“ von der Versammlungsleitung nach kurzer Erklärung wieder geschlossen wurde, weil die Versammlung polizeilich überwacht wurde, war für Montagabend eine Versammlung der gleichen Ortsgruppe anberaumt worden. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt.

Kurz vor Beginn der Veranstaltung erschienen wiederum Kriminalkommissar Claf und eine Anzahl Beamte der Politischen Polizei. Kommissar Claf nahm mit einigen Beamten am Vorstandstisch Platz, während andere die Erschienenen auf den Besitz von Spasierbüchern untersuchten.

Der Landesführer, Rechtsanwalt Weisse, dankte den zahlreich Erschienenen für ihr Bekenntnis zur Meinungs- und Gewissensfreiheit. Dann schloß er unter dem lobenden Beifall der Anwesenden die Versammlung, die in Kürze wiederholt werden soll. Die Politische Polizei, verstärkt durch ein großes Schupoangebot, kontrollierte dann alle Erschienenen und notierte wieder alle Namen.

Nach Schluß der Versammlung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einem Schupobeamten und dem Kohlenhändler Artur Müller aus Schidlitz, der aus geschäftlichen Gründen im „Friedrichshain“ anwesend war. Blutend wurde Artur Müller mit dem Wagen des Ueberfallkommandos abtransportiert.

Der Streit mit dem Lotteriesammler

Eine Auseinandersetzung im Restaurant

Der nicht langer Zeit berichteten wir, daß der 48-jährige SA-Mann Gustav Ewel, Breitgasse 64 wohnhaft, als Zeuge in einer Schnellrichterverhandlung auftrat, weil er sich am 9. Februar, einem Einsoßsonntag, an dem dieser SA-Mann sammelte, durch einen jüdischen Kaufmann beleidigt fühlte. Dieser SA-Mann, der augenblicklich Zeuge für die Winterhilfslotterie vertritt, hatte am 18. Februar in einem Lokal auf dem Kohlenmarkt einen neuen Zusammenstoß. An diesem Tage bot Ewel dort Soße an. Der 37-jährige Kaufmann B., der dort eifrig hochprozentigen Getränken zusprach, soll nun geäußert haben: „Geh raus, verkauf deine Soße draußen. Ihr seid alles Betrüger, Spitzhaken und Lumpen. Das ganze Winterhilfswerk ist eine Samerei. Ich bin Rasse und Danzig ist international.“ Nach den Angaben des SA-Mannes soll sogar zwischen ihm und dem Kaufmann eine Rangelei entstanden sein, bei der dem SA-Mann Ewel das Parteibüchlein verloren gegangen ist. Der Kaufmann wurde dann auf dem Nachhausewege verhaftet und stand am Sonntagabend vor dem Schnellrichter. Er war der Beleidigung angeklagt und sollte sich außerdem wegen Vergehens gegen den § 130 Abs. 2 der Reichsverordnung vom 30. Juni 1933 verantworten. Den Strafantrag hatte der SA-Mann Ewel gestellt.

Der Kaufmann entschuldigte sich mit sinnloser Trunkenheit. Nach seinen Angaben ist er seit 11 Uhr vormittags auf der Kneiptour gewesen, und dieser Vorfall ereignete sich in den Nachmittagsstunden. Auf Grund der Beweisaufnahme kam das Gericht zu dem Schluß, daß sich der Angeklagte im Sinne der Anklage, Vergehen gegen § 130 Abs. 2 und Beleidigung des SA-Mannes vergangen habe. Es war aber nicht von der sinnlosen Trunkenheit des Kaufmanns überzeugt. Landgerichtsrat Prohl, als Schnellrichter, verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. Der Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Koch, hatte die gleiche Strafe beantragt. Da der Angeklagte mit dem Urteil nicht zufrieden ist und Berufung einlegen will, wurde Haftbefehl erlassen.

Sich gegenseitig bearbeitet

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend kam es in der Hopsengasse zu einer Schlägerei, worüber Näheres erst jetzt zu erfahren war. Die Widersacher waren zwei SA-Truppführer, die mit ihren Dolchen aufeinander losgingen, mit dem Ergebnis, daß der eine ins Krankenhaus, der andere ins Polizeigefängnis eingebracht wurde. Der Verletzte heißt Schilling und wohnt in der Kriebengasse, der verhaftete SA-Truppführer wohnt in der Münchengasse.

Zum zweiten Mal wegen Brandstiftung verurteilt

Der Brand in Frankfurt

Vor der I. Großen Strafkammer, die unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Beermann tagte, wurde erneut eine vorläufige Brandstiftung verhandelt. In der Anklagehand stand der Arbeiter Otto Grahl. Er wurde zur Verhandlung aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der er seit Ende Juli vorigen Jahres sitzt.

Der Angeklagte besitzt in Frankfurt ein Häuschen. Das Ehepaar Den wohnte bei ihm zur Miete. Zwischen dem Wirt und dem Mieter entstanden des öfteren Streitigkeiten. Grahl vermachte deshalb, seinen Mieter wieder los zu werden.

Im Juni vorigen Jahres entzündete nun in der Wohnung des Mieters ein Brand. Die Ermittlungen ergaben den Verdacht, daß dieser Brand vorsätzlich von dem Hauswirt angelegt war. Der Angeklagte bestritt von jeder diese Tat. Abgesehen von den Indizien, die für seine Schuld sprechen, wird er dadurch sehr belastet, daß er schon einmal wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Zwei weitere Verfahren, die wegen vorsätzlicher Brandstiftung gegen ihn eingeleitet waren, mußten mangels Beweises eingestellt werden. Landgerichtsdirektor Dr. Beermann sagte gestern in seiner Urteilsbegründung, anständig sei, daß es stets dort brannte, wo der Angeklagte hinzog. Die zusammengetragenen Indizien reichten der I. Großen Strafkammer für eine Verurteilung aus. Der Angeklagte wurde zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Drei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Danziger Standesamt vom 22. Februar

Sterbefälle: Rentnerin Wilhelmine Braaf, 77 J. — Ehefrau Gabriele Grabert geb. Krenenberg, 68 J. — Staatsangestellte Charlotte Boehm, 43 J. — Tochter des Arbeiters Paul Bluhm, 8 J. — Ehefrau Elly Zimmer geb. Erid, 38 J. — Witwe Marie Klutusch geb. Kitzki, 28 J. — Arbeiterin Pulte Wolff, 25 J. — Lehrer I. K. Klopffus Kischki, 78 J.

Danziger Geburten

Sterbefälle: Ehefrau Mathilde Junski geb. Wischnowski, 78 J. — Oberingenieur I. K. Valentin Wiegand, 70 J. — Ehelich: 1 Mädchen, 10 J.; 1 Knabe, 7 J.; drei Tochturten (3 Knaben, 1 Mädchen).

Völkerbund im neuen Palais

Das Gebäude des Weltfriedens

Das Sekretariat des Völkerbundes in Genf ist dieser Tage in das neue Palais an Ariana-Parc übergeleitet. Nach der Uebernahme des neuen Palais wird von der Bauaktion des Völkerbundes eine Liste bekannt gegeben, — die erste dieser Art, — die alle Gebäude aufzählt, die von einzelnen Staaten und Organisationen für das neue Palais der Völker zur Verfügung gestellt worden sind.

Ueber tausend Geschenke sind aus den 58 Ländern des Völkerbundes

für das neue Friedenspalais im Genfer Ariana-Parc, das größte Haus Europas, teils schon angelangt, teils aber angeläufig.

Die dekorative Ausgestaltung des größten Saales hat Frankreich übernommen. Dieser Saal ist 20 Meter hoch, 40 Meter tief und 40 Meter breit und hat einen Zuschauerraum mit allein 700 Plätzen. 2500 Leute fassen der ganze Saal.

Der zweitgrößte Saal, der Saal des großen Rates, wird aus englischen Mitteln verschönert. Das Basrelief ist von englischen Künstlern hergestellt. Englands Geschenk hat einen Wert von fast 50 000 Schweizer Franken. Spanien hat wunderbare altspanische Gemälde nach Genf geschickt, die für den Ratssaal bestimmt waren.

Der größte Teil der Geschenke besteht in der Einrichtung von Zimmern.

Nicht weniger als sieben Länder haben eigene Innenarchitekten nach Genf entsandt,

die sich, ehe sie an die Arbeit gingen, mit den örtlichen Verhältnissen und der Lage „ihres“ Zimmers an Ort und Stelle vertraut gemacht haben. Vor einigen Tagen hat gerade Ungarn beschlossen, einen Innenarchitekten nach Genf zu senden, weil auch Ungarn dem Völkerbund ein in echt magyarischem Stil eingerichtetes Konferenzzimmer widmet.

In den ersten Reihen der Spender steht übrigens auch Italien, das in riesigen Mengen Brescia-Marmor geschickt hat — der italienische Saal 13 besteht fast ganz aus diesem wunderbaren Marmor —, das aber auch die Reliefs für die Wandelgänge als Geschenk übermittelt.

Ein Teil der Konferenzzimmer wird mit perfekten Teppichen ausgerüstet sein, denn Persien hat sich bereit erklärt, fünfzig alte persische Teppiche dem neuen Palais zur Verfügung zu stellen.

Nicht weniger splendid zeigte sich der Bund der südamerikanischen Staaten, der eine Friedensplakette stiftete, die nicht so leicht nach Genf zu transportieren war. Die Südamerika-Union ließ eine Plakette aus Bronze von 100 Kilogramm Gewicht nach Genf bringen. Aber auch die Staaten Südamerikas zeigen sich von der besten Seite. Neben einer Geschenkliste Bolivians haben einzelne Länder Spenden nach Genf geschickt. Mexiko hat es sich sogar nicht nehmen lassen, aus dem fernen Land der Uebersee einen großen, mexikanischen Künstler eigens nach Genf zu schicken, der die Fresken für den Präzedenzsaal an Ort und Stelle entwirft und malt.

Die Wilson-Porte

Wurde Amerika nicht Völkerbundsmitglied und hat daher keine Möglichkeit, zum Bau beizutragen, aber gerade in der letzten Woche ist die Mitteilung der amerikanischen Wilson-Stiftung eingelangt, daß diese Stiftung gern die Bronzeerhaltung für die größte Eingangspforte des neuen Palais zur Verfügung stellen möchte.

Die Eingangspforte zu dem Palais des Sekretariats wird von einem kleinen Land, von Luxemburg, in großem Stil gebaut. Von den Kommissionsräten ist einer ein Geschenk Italiens. Indien besorgt die Einrichtung des Journalistenlaales für die Vollversammlung. Die Schweiz widmet ein Beratungszimmer, das 60 000 Franken kostet, und sie schenkt für diesen Saal ein wunderbares, echt schweizerisches Bild, das allein 40 000 Franken gekostet hat.

Einzelne Zimmer werden von der Tschechoslowakei, von Dänemark, von Norwegen, von Griechenland und von Finnland eingerichtet. Ganz besonders schön ist die Architektur, die Schweden gewidmet hat.

Siam hat eine ganze Schiffsladung voll Einrichtungsgegenständen geliefert, und das Völkerbundland China hat sich bereit erklärt, die Zimmer der geheimen Konferenzen, die Sätze der „seance privée“, zu tapezieren, Japansamen und Rumänien senden Möbelstücke und Draperien ihrer nationalen Eigenart.

Dänemark unter Schnee begraben

Waldstürmer Verkehrsunterbruch — Nicht Eisenbahnzüge im Schnee festengelassen — Hunderte von Autos liegen auf den Landstraßen

In den letzten Tagen hat man in Dänemark die schlimmsten Schneestürme erlebt, soweit man überhaupt zurückdenken kann. Der Verkehr ist praktisch lahmgelegt. Die Hauptstraßen der Eisenbahn sind blockiert. Nicht weniger als acht Express- und Personenzüge sind unterwegs im Schnee festengelassen. Zur Hilfe entsandte Schneepflüge erlitten daselbstes Schicksal. Gleichzeitig mit dem Schneefall hat nämlich Frost eingesetzt, der den Schnee zu seinem Nehl gemahlen hat. Ein mächtiger Sturm treibt dieses Schneemehl, untermischt mit Sand, über das Land. Von überall her werden mächtige Schneeverwehungen gemeldet, die jeden Verkehr lahmlegen. Alle Nebenbahnen haben den Verkehr einstellen müssen.

Auf den Landstraßen sieht es noch schlimmer aus. Hunderte von Autos sind festengelassen und sind von ihren Besitzern verlassen worden, die im nächsten Bauernhof Zuflucht gesucht und gefunden haben. Die meisten Autos sind vollkommen unter den Schneeverwehungen begraben. In einem Dorf in Ostjütland bei Roskilde (Seeland) sind seit zwei Tagen über 100 Menschen, die dort Zuflucht gesucht hatten, eingescherrt. Viele meterhohe Schneemauern verhindern jedes Fortkommen. Militärpatrouillen haben untersucht, ob eine Möglichkeit besteht, herauszukommen, haben den Versuch aber aufgegeben. Zwei Kopenhagener Journalisten haben sich mit Skiern auf den Weg gemacht und nach abenteuerlicher Fahrt den Krug erreicht. Sie schätzen, daß die Schneeverwehungen auf der Landstraße stellenweise so hoch sind, daß die Bäume nur noch als Hügel aus dem Schnee herausgucken, von den Stämmen sei überhaupt nichts mehr zu sehen.

Die Bemühungen, die Straßen mit Schneepflügen und Schaufeln wieder befahrbar zu machen, mühten vielfach als hoffnungslos wieder eingestellt werden, da der Sturm den Schnee sofort wieder erfasste und noch schlimmere Verwehungen anrichtete. Man hofft nun, daß wenigstens der Sturm bald wieder aufhört, damit die Dampfen von Städten und Dörfern, die von jedem Verkehr abgeschnitten sind, wieder erreicht werden können. In Kopenhagen und Ålborg besteht ernste Gefahr für die Wasserversorgung, da alle Wasserläufe im Schnee festengelassen sind.

Verurteilter Probst. In Arnberg wurde vom Sondergericht der Probst Bömer zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen das Heimgesetz, Kanalarparaphen und gegen das Gesetz zum Schutze von Volk und Staat. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, im Mai v. J. einen Aufmarsch der katholischen

Jungmänner in Stärke von etwa 300 Mann mit entrosteten Wimpeln und teilweise erdtüchtiger Kleidung erlaubt zu haben. Dem Probst Bömer wurden außerdem Angriffe gegen das Sterilitätsgesetz vorgeworfen. Auch habe er von der Kanzel herab für die wegen Döwisenvergehens verhaftete Schwester Consta zum Gebet aufgefordert. In der Urteilsbegründung betonte das Gericht, der Probst wolle nach seiner eigenen Erklärung kein Gegner des Staates sein. Die Schwere seiner Predigten seien aber bestimmt gewesen. Zweifel in die Seelen der Zuhörer zu legen und sie gegenüber dem Staat wankelmütig zu machen.

Synode der Bekenntniskirche

Tagung in der vorigen Woche in Bad Degenhausen

Die 4. Synode der Bekenntniskirche trat in der vorigen Woche in Degenhausen zusammen. Die hervorragenden Persönlichkeiten der Bekenntniskirche nahmen an der Tagung teil, so Pastor Niemöller (Dahlem), Pastor Müller (Witten) und Pastor Jacobi von der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Die Bischöfe Burm (Bärntenberg), Meiser (Bayern) und Marahrens (Hannover) hatten ihre Teilnahme an den Beratungen in Aussicht gestellt, waren aber bei der Eröffnungssitzung nicht anwesend.

Die Synode hat deshalb besondere Bedeutung, weil es der Bekenntniskirche anscheinend gelungen ist, die inneren Schwierigkeiten der letzten Wochen zu überwinden; unter diese Entwicklungspunkte sollte die Synode den Schlusstrich setzen.

Anfang Januar hatten sich bekanntlich zwei Gruppen gebildet, die in der tatsächlichen Frage des Zusammengehens mit dem vom Minister Kerrl eingeleiteten Kirchenausgängen verschiedene Ansichten vertraten.

Nach längeren Vorbesprechungen scheint jetzt eine Einigung zu weit zustande gekommen zu sein, daß man von der Degenhausener Nationalsynode eine endgültige Beilegung aller Differenzen und eine vollkommene Wiederherstellung der einheitlichen Front der bekennenden Kirche erwartet hat. Den wichtigsten Schritt in dieser Richtung dürfte der erwartete Rücktritt des bisherigen Leiters der vorläufigen Kirchenregierung, Bischof Marahrens, sein; dieser hatte von Anfang an in der Auseinandersetzung zwischen der Bekenntniskirche und den staatlichen Organen eine weniger radikale Haltung eingenommen, so daß ein Rücktritt als Erfolg der radikalen Elemente innerhalb der Bekenntniskirche anzusehen ist, die von Anfang an gegen jedes Kompromiß waren.

Gleichzeitig mit dieser Amtsniederlegung erwartet man, daß der Ausschuss der vorläufigen Kirchenleitung um sechs Mitglieder erweitert wird.

Abgesehen von diesen wichtigsten Fragen der Neubildung der vorläufigen Kirchenleitung wird sich die Synode über die grundsätzliche Haltung zu den staatlichen Kirchenausgängen und über Fragen der Innenorganisation,

der Bekenntnisschulen und anderes mehr ausprechen. Die Frage der Kirchenausgänge ist in vielen Teilen Deutschlands noch nicht einheitlich geregelt. Der Versuch Kerrls, auch in Württemberg, Bayern und Hannover an Stelle der vollkommen intakten Landeskirchen einen Kirchenausgang zu setzen, ist vorläufig am Widerstand der Gemeinden gescheitert, und die Folgen dieser Veruche wären ein stärkerer Zusammenbruch der Gemeinden in Süddeutschland gegen die Ansätze des Kirchenministers. In Württemberg ging die Enttötung so weit, daß man dort generell eine Abgabe an alle Kirchenausgänge verlangte. Das Reichskirchenministerium hat bekanntlich in Westfalen und Rheinland im Gegensatz zu anderen Kirchenprovinzen der Altpreußischen Union nachgegeben und keine Deutschen Christen in den Ausschuss berufen. Noch kurz zuvor hatte sich Kerrl selbst in einem Briefe an Bodelschwingh gemeldet und die Einziehung von zwei Vertretern der Deutschen Christen verlangt. Bodelschwingh hatte dies jedoch glatt abgelehnt und sich damit vollkommen auf eine Linie mit dem Bruderrat der Altpreußischen Union gestellt, der dem Preussischen Kirchenausgang erklärt hatte, daß eine Gleichstellung der Bekenntniskirche und der Deutschen Christen als gleichberechtigte kirchliche Gruppen für die Bekenntniskirche nicht tragbar wäre.

Noch sind die Beschlüsse der Bekenntnissynode nicht bekannt; nach den Vorzeichen, unter denen sie begonnen hat, zu schließen, dürfte ihr entschiedener Kampfcharakter zuzusprechen sein.

Jüdische Olympiakämpfer

In der deutschen Vertretung

Bekanntlich hat sich Helene Mayer, die weltberühmte Fechterin, nach Deutschland eingeschifft, um sich dem deutschen Team anzuschließen, obwohl sie Jüdin ist. Wie die „Times“ nun aus Berlin melden, hat man ihr, falls sie definitiv für das deutsche Team angestellt wird, trotz ihrer Abstammung die Reichsbürgererschaft versprochen. Auch Gertrude Bergmann, der Hochspringerin, würde die Reichsbürgererschaft, falls sie definitiv angestellt würde, was aber unklar sei, da man sie nicht zu den drei ersten zähle. Die „Times“ bemerken in diesem Zusammenhang, daß in dem deutschen Olympia-Eishockey-Team, das in Garmisch spielte, gleichfalls ein Nichtarier, Rudi Hall, mitgespielt hat. (Auch von ihm wird behauptet, daß er seine Teilnahme um den Preis des Reichsbürgerbriefes angelegt hat.)

Was passiver Widerstand ist

Erst nach der Verhaftung erhielt der H.M. Junack

Regen passiven Widerstandes gegen den Staat und wegen seiner offen zur Schau getragenen staatsfeindlichen Einstellung wurde, wie amtlich mitgeteilt wird, der Landwirt Bollrats von Braunshweig in Groß-Reichow, Kreis Belgard, von der Staatspolizei in Schußhaft genommen. Dieser Fall zeige, hieß es in der amtlichen Mitteilung, daß der nationalsozialistische Staat zwar große Geduld walten lasse, daß er aber jeden Widerstand gegen sein großes Aufbauwerk von Deutschen, die mit beiden Beinen noch in der Bergangenheit ständen, rücksichtslos beseitige. Braunshweig habe sich aus seiner Betriebsgemeinschaft gegenüber sehr unsozial verhalten. Erst nach seiner Verhaftung hätten es die Mädchen seines Gutes gewagt, sich bei einer H.M.-Gruppe anzuschließen.

Aus dem Dritten Reich

Auf Anfrage der Deutschen Glaubensbewegung hat der Reichs- und preussische Innenminister laut „Reichsblatt“ mitgeteilt, daß die Landesbeamten angewiesen sind, auf Verlangen statt der Angabe „Disident“ die besondere Befreiungsgemeinschaft einzutragen, also etwa als Befreiungsgemeinschaft „deutschgläubig“.

Das Arbeitsgericht in Danabrad hat die fruchtlose Entlassung eines Arbeiters, der der Meinung war, eine Pflicht zur Anwendung des Hitler-Grüßes bestehe für ihn um so weniger, als er nicht der Arbeitsfront angehöre, für Scharf erklärt.

Lawine fordert Todesopfer

Am Sonntag ereignete sich in der Nähe des bekannten polnischen Winterportplatzes Jaspone ein schwerer Unglücksfall. Während einer Bergbesteigung wurden drei Touristen von einer Lawine verschüttet. Obwohl Hilfe sofort zur Stelle war, konnte einer der Touristen, der deutsche Ingenieur Dwaak, nicht mehr gerettet werden. Er starb an der Stelle des Unglücks.

Im Gebiete des Matterhorns kam der Bergführer Valerio Bich mit einer 23jährigen Begleiterin durch eine Lawine ums Leben. Der bekannte Matterhornführer hatte vor einigen Tagen Balltournee verlassen, um mit seiner Begleiterin einen Aufstieg zu unternehmen. Da die beiden mehrere Tage lang nicht in das Tal zurückkehrten und die Verwandten keinerlei Lebenszeichen erhalten hatten, wurden von den anderen Bergführern Nachforschungen angestellt. Man fand die beiden am Fuße des Monte Charvaz tot auf. Sie waren von einer Lawine etwa 300 Meter tief hinabgeschleudert worden.

Von einem etwa 10 Kilometer entfernten liegenden Felsen sind in Duray (Colorado) riesige Lawinen auf das an einem Steilhang gelegene Camp Bird und die dortigen Bergbauanlagen niedergegangen und haben ein Unterminsthaus und mehrere andere Gebäude verschüttet und völlig zerstört. Alle Telefonverbindungen wurden unterbrochen. Nach den ersten Berichten sind neun Personen getötet und zahlreiche verletzt worden. Das Rettungswerk wurde sehr erschwert, da die Zugangsstraßen durch die in den letzten Wochen zahlreich niedergegangenen Lawinen veriperrt waren.

Wie aus Grand Junction gemeldet wird, ist in den in der Nähe gelegenen Glenwoods Canon ebenfalls eine Lawine niedergegangen und hat einen Personenzug verschüttet. Ein Fahrgast wurde durch Glassplitter verletzt. Der Bahnverkehr ist für mehrere Stunden unterbrochen worden.

Der verbotene Tannenbergbund

Ein Prozeß in Bielefeld

Die Strafkammer verhandelte gegen einen Angeklagten, der in Bielefeld eine kleine Buchhandlung betreibt, in der hauptsächlich Ergänzungs des Lindendorff-Verlages vertrieben werden. (Der Tannenbergbund hält bekanntlich in Danzig des öfteren öffentliche Versammlungen ab). Er hatte zum ersten Male im Juli 1935 wegen Vergehens gegen die Verordnung über die Auflösung staatsgefährlicher Organisationen vor Gericht gestanden, da ihm vorgeworfen wurde, mit seiner Ladenkundschaft einen Verkehr unterhalten zu haben, der den Verdacht rechtfertigte, daß auf diese Weise der organisatorische Zusammenhalt des verbotenen Tannenbergbundes aufrechterhalten werden sollte. Außerdem war der Angeklagte beschuldigt worden, Aufzeichnungen getan zu haben, die das Ansehen der Regierung zu schädigen geeignet waren. Er wurde jedoch freigesprochen.

Wegen das freisprechende Urteil war Revision beim Reichsgericht eingelegt worden, das das erstinstanzliche Urteil aufhob. In der jetzigen Verhandlung erklärte der Staatsanwalt, der Angeklagte habe in den Gesprächen mit seinen Kunden, zum Teil ehemaligen Mitgliedern des Tannenbergbundes, Propaganda im Sinne des verbotenen Bundes getrieben und auch Stellen aus einem verbotenen Buche vorgelesen. Dazu kämen seine unverantwortlichen Behauptungen über Regierungsmitglieder und über das Winterhilfswerk. Die Strafkammer hielt die Aufrechterhaltung des Tannenbergbundes durch den Angeklagten nicht für erwiesen, bestrafte ihn aber auf Grund des Heimlichkeitsgesetzes wegen seiner Aufzeichnungen mit sechs Monaten Gefängnis.

Schwere Bluttat in Wesermünde

Junges Mädchen ermordet einen 78jährigen Mann

Am Sonntagmorgen wurde der in der Drommerstraße in Wesermünde wohnende 78 Jahre alte Invalide Karl Otremba von der 23jährigen Klara Brud mit einem Tischmesser ermordet.

Wie die Kriminalpolizei mitteilt, wohnte Otremba seit mehreren Jahren in dem genannten Hause. Er war Wittwer und wird als unerbittlicher Mensch geschildert. Mit seinen auswärts wohnenden Familienangehörigen und den Nachbarn hatte er keinen Verkehr, dagegen war es bekannt, daß ein junges Mädchen häufig in die Wohnung kam. Am Sonntag früh gegen 7.30 Uhr hörten Mitbewohner des Hauses, daß in der Wohnung des Otremba anscheinend ein Streit ausgebrochen war. Da es jedoch bald wieder still wurde, kümmerte man sich nicht darum. Um 7.50 Uhr wurde am Rathaus ein Bewohner des Hauses von einem Mädchen nach dem Landgericht gefragt. Das Mädchen sagte, daß es soeben einen Mann erstochen habe. Der Mann erklärte dem Mädchen, daß es sich dann bei der Polizei melden müsse. Tatsächlich erschien die Täterin auf der Polizeiwache am Altmort und machte hier die gleichen Angaben. Die Kriminalpolizei fand ihre Angaben bestätigt. Die Täterin, die seit einiger Zeit in Wesermünde wohnt, stammt aus Gelsenkirchen. Sie wurde in das Gefängnis in Lehe eingekerkert.

Zweifacher Frauenmord in Böhmen

Sonntag früh ereignete sich auf dem Marktplatz von Jungbunzlau (bei Reichenberg in Böhmen) ein auffehrender Vorfall. Mächtig zog ein Mann ein Messer und schrie: „Ich will jemand ermorden! Ich bin der Mörder der Fiodermann!“ Der Mann wurde daraufhin verhaftet. Bei seiner Vernehmung gestand er nach anfänglichem Leugnen, das Straßenmädchen Fiodermann vor etwa vier Wochen im Park von Jungbunzlau umgebracht zu haben. Er hatte ihrem Leben mit einem Frauenstrumpf ein Ende gemacht. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Mörders, des 27jährigen Anton Genu, wurde eine weibliche Leiche gefunden, in der später eine 29jährige Bekannte namens Anita Gobarat festgestellt wurde. Auch diese war mit einem Frauenstrumpf erdrosselt worden. Genu gestand auch diesen Mord.

Sowjetruffischer Eisbrecher mit 31 Mann vermisst

Von dem seit dem 15. Februar im Kaspiischen Meer beschollenen sowjetruffischen Eisbrecher „Schaumjan“ ist bisher keine Spur gefunden worden. Der Eisbrecher hatte am Tage nach seiner Ausfahrt SOS-Rufe ausgesandt, auf die hin mehrere Dampfer zur Hilfeleistung geschickt wurden. Sie sind aber alle unrichtiger Sache zurückgekehrt. Rummehr wurde ein Dampfer mit einer Leuchttafel auf den Ort entsandt, von dem der Eisbrecher SOS-Rufe gesandt hatte.

Lobesprung von der Lebensauer Hochbrücke

Montag mittag sprang eine etwa 25 Jahre alte Frau aus Götteritz von der fast 50 Meter hohen Lebensauer Hochbrücke in den Nordsee Kanal. Die Lebensmüde schlug dabei mit dem Kopf auf den Fuß eines Brückenbauers und fiel dann ins Wasser.

